

OFFENER BRIEF

**an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland,
Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**

Bundeskanzleramt
W.-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit großer Freude haben wir im Koalitionsvertrag gelesen, dass CDU/CSU und SPD „eine Trendwende bei der Lärmbelastung der Bevölkerung, insbesondere im Bereich Verkehrslärm“, anstreben. Sie stellen damit die Entwicklung eines „Lärm-Minderungsprogramms entlang von bestehenden Schienen“ in Aussicht. Wir haben auch Hochachtung vor Ihrer Haltung, die Führung der Deutschen Bahn AG dann in die Schranken zu weisen, wenn deren Interessenlage rein finanziell diktiert ist! Diese Haltung bestärkt uns darin, Ihnen ein Problem, das von der Bahn in zynischer Weise abwertend behandelt wird, vorzutragen.

Wir sind eine Lokale Bürger-Initiative am südwestlichen Stadtrand der Metropole Berlin, die sich für die Schaffung von zusätzlichen Lärmschutzwänden an der Anhalter Bahn einsetzt - insbesondere in dem dammgeführten Streckenabschnitt zwischen Lichterfelde Süd und dem Ortsausgang Teltow-Süd.

Dieser Streckenabschnitt war ca. 45 Jahre nicht mehr in Betrieb und soll Mitte 2006 mit *erheblichen baulichen Veränderungen* wieder in Betrieb gehen.

Verärgert und zornig erfahren wir, dass einer großen Zahl Teltower und auch Berliner Bürgerinnen und Bürgern Lärmschutzmaßnahmen, analog zu denen an Neubaustrecken, verwehrt werden.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Verfahrensweise dem im Grundgesetz festgeschriebenen Gleichheitsgrundsatz und dem Recht der Bürger auf Unversehrtheit der Gesundheit widerspricht! Da die Strecke vollständig rekonstruiert wurde und einem Neubau gleichzusetzen ist, halten wir es für schizophoren, uns einen adäquaten Lärmschutz entsprechend der 16. Bundes-Immissionsschutz-Verordnung zu versagen. Dies ist umso ärgerlicher, da die Deutsche Bahn AG einerseits von ständigen Geldsorgen redet, andererseits aber seit 1999 Bundesmittel in Höhe von 1,4 Mrd. € nicht abgerufen hat.

Von Seiten der Bahn wurde uns jüngst bestätigt, dass die Installation von Lärmschutzwänden kostengünstiger ist als die Maßnahme des regelmäßigen Schleifens von Gleisen! Dies macht die engstirnige formal-juristische, aber wirtschaftlich ineffektive Vorgehensweise der Bahn noch unverständlicher!

Da unser Wohnort Teltow nahtlos an Berlin angrenzt, halten wir die höchstzulässige Geschwindigkeit von 200 km/h in Teltow gegenüber einem Grenzwert von 160 km/h im Stadtgebiet Berlin, bei einer minimalen Zugfolgezeit von bis zu fünf Minuten, für inakzeptabel. Nicht hinzunehmen ist auch die Tatsache, dass in einigen Streckenabschnitten zusätzliche additive Lärmbelastungen durch S-Bahn und Straßenverkehr, trotz vorhandener EU-Richtlinien, einfach ignoriert werden.

Es besteht somit dringender Handlungsbedarf, da die Realisierung durchgehender Lärmschutzwände jetzt vor der Wiederinbetriebnahme weitaus kostengünstiger wäre als später bei laufendem Bahnbetrieb!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir möchten es nicht versäumen, Sie auch darauf aufmerksam zu machen, dass sich inzwischen eine fraktionsübergreifende Gruppe von Parlamentariern aller im Bundestag vertretenen Parteien dieses Problems angenommen hat. Leider haben die bisherigen Aktivitäten bei der Exekutive zu keinen sichtbaren Fortschritten geführt. Deshalb bitten wir Sie als betroffene Bürger um Unterstützung in dieser Angelegenheit, die uns schon jetzt schlaflose Nächte bereitet!

Mit freundlichen Grüßen

Für die Mitglieder der Lokalen Bürger-Initiative „Lärmschutz Anhalter Bahn Teltow“

Peter Abt

Dr. Detlef Fanter

Ingrid Hartkopf

Martina Schmidt

Jutta Cawi

Dr. Michael Gericke

Prof. Dr. Dr. h.c. Eckart Matthias

Uwe Valentin

Anmerkung: Diese Initiative wird bisher von 1980 Bürgerinnen und Bürgern per Unterschrift mitgetragen.

V.i.S.d.P.: Sprecher der Bürger-Initiative
Dipl.-Ing. (FH) Uwe Valentin
14513 Teltow, Brahmsstr. 1A